

**Eigenerklärung zur Eignung für alle Unternehmen in Offenen und Nicht Offenen Verfahren sowie Verhandlungsverfahren**

**Vergabenummer: 10/49/25/001**

**1. vergleichbarer Umsatz**

Umsatz des Unternehmens jeweils bezogen auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Lieferung und Dienstleistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Aufträgen:

|         |  |  |  |
|---------|--|--|--|
| Jahr:   |  |  |  |
| Umsatz: |  |  |  |

**2. vergleichbare Leistungen**

Angaben zur Ausführung von Leistungen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Angabe des Auftraggebers (Anschrift, Ansprechpartner, Telefonnummer), einer Kurzbeschreibung der Art der ausgeführten Leistung, der Auftragssumme sowie des Ausführungszeitraum.

|  | Referenz 1 | Referenz 2 | Referenz 3 |
|--|------------|------------|------------|
| Ansprechpartner mit Angabe der Anschrift und Telefonnummer |            |            |            |
| Kurzbeschreibung der Art der ausgeführten Leistung         |            |            |            |
| Auftragssumme  |            |            |            |
| Ausführungszeitraum  |            |            |            |

**3. Angaben zu Arbeitskräften**

Ich/ Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

**4. Berufsregister**

Eintragung in das Berufsregister des Sitzes oder Wohnsitzes:

Ich bin/Wir sind im Handelsregister eingetragen.

Handelsregisternummer: .....

Amtsgericht: .....

Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.

Geburtsname Inhaber:.....

Geburtsdatum/-ort Inhaber:...../.....

**5. Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation lt. §124 Abs 1 Nummer 2 GWB i.V.m. § 42 VgV**

Ich/ Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/ unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.

Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

**6. Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt**

Ich/Wir erkläre(n), dass keine schwere Verfehlung vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt z.B. wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB), wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132a STPO), wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO), rechtskräftiges Urteil bzw. eine Geldbuße innerhalb der letzten 2 Jahre gegen Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben wegen Erpressung (§ 53 StGB), Terrorismusfinanzierung (§ 89 c StGB), Bestechung von Mandatsträgern (§ 108 e StGB), Mitgliedschaft in einer kriminellen/ terroristischen Vereinigung im In-/Ausland (§ 129, 129 a, 129 b StGB), Menschenhandel oder Förderung des Menschenhandels (§§ 232 und 233, 233a StGB), Geldwäsche (261 StGB), Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB), Betrug (§ 263

StGB), Subventionsbetrug (§ 264 StGB), Kreditbetrug (§ 265b StGB), Untreue (§ 266 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), Delikte im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB), wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB) Brandstiftung (§ 306 StGB), Baugeschädigung (§ 319 StGB), Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324a StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (326 StGB), die mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde. Bestechung (§ 334 StGB)/ Vorteilsbegünstigung (§ 333 StGB) ausländischer und internationaler Bediensteter (§335 a StGB), Bestechung ausländischer Abgeordneter (Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung).

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten 2 Jahren nicht gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 i.V.m. § 8 Abs. 1 Nr.2, §§ 9 bis 11 des Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetzes, § 404 Abs. 1 oder 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch, §§ 15, 15a, 16 Abs. 1 Nr. 1, 1b oder 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, § 266a Abs. 1 bis 4 des Strafgesetzbuches mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind oder gem. § 21 Abs. 1 i.V. m. § 23 des Arbeitnehmerentsendegesetzes mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

Ich/ Wir erkläre(n), keine Absprachen mit anderen Unternehmern bzw. Bietern getroffen zu haben, welche zu einer Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs führen.

Ich/ Wir erkläre(n), mich/ uns bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich an gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen zu halten.

#### **7. Angaben zu früheren Verfehlungen lt. §124 Abs 1 Nummer 7 GWB i.V.m. § 42 VgV**

Ich/ Wir erkläre(n), keine wesentlichen Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt und damit keine vorzeitige Vertragsbeendigung, Schadensersatzzahlungen oder vergleichbaren Rechtsfolge herbeigeführt zu haben.

Ich/ Wir erkläre(n), dass es bei früheren Aufträgen zu Verfehlungen gekommen ist. Auf Wunsch der Vergabestelle lege(n) ich/wir Erklärungen bzw. Nachweise zu Maßnahmen der Selbstreinigung vor.

#### **8. Angaben zur Zahlung von Steuern und Abgaben**

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt habe/ haben.

#### **9. Angaben zur Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung lt. §123 Abs 4 Nummer 1 GWB i.V.m. § 42 VgV**

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/ wir meine/ unsere Verpflichtung zur Zahlung von Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft.

#### **10. Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns**

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir unserer Verpflichtung zur Zahlung des gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlohnes gemäß Gesetz zur Stärkung der Tarifautonomie nachkommen.

Zur Bestätigung meiner/ unserer Erklärung lege(n) ich/ wir nach Verlangen der Vergabestelle vor:

- Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug, Eintragung in der Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer,
- eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes oder eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG,
- eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der für mich zuständigen Berufsgenossenschaft,
- die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit gesondert ausgewiesenem technischem Leitungspersonal angeben.

#### **11. Erklärung zur Vermeidung ausbeuterischer Kinderarbeit**

Es dürfen ausschließlich Produkte angeboten werden, die ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne der ILO-Konvention 182 (Internationale Arbeitsorganisation der UNO) vom 19.11.2000 hergestellt oder vertrieben wurden bzw. Produkte, deren Hersteller oder Verkäufer aktive zielführende Maßnahmen zum Ausstieg aus der ausbeuterischen Kinderarbeit eingeleitet haben. Für die Einhaltung dieser Vorgabe ist der Bieter verantwortlich und hat dies ggf. nachzuweisen.

Mit meiner Unterschrift bestätige ich die Richtigkeit all meiner/ unserer Angaben und versichere keine Angaben oder Nachweise mit dem Ziel der Täuschung gemacht und eingereicht zu haben.

\_\_\_\_\_  
(Ort, Datum,

\_\_\_\_\_  
Unterzeichnung)